

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Er erscheint Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alter-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Kritisches zum Berufsausbildungsgesetz-Entwurf.

II.
Die Beschlussfassung in den Ausschüssen erfolgt in der Regel mit einfacher Mehrheit. Eine andere Regelung ist bei den Ausschüssen vorgesehen, die sich aus § 80 Absatz 2 Nr. 5 ergeben. Dieser Absatz heißt: „Sie können Anordnungen über Form und Inhalt der Lehrverträge, vor allem über das den Lehrlingen zu gewährende Entgelt, über Urlaub und Ferien treffen, soweit es sich dabei nicht um die Regelung des Lehrverhältnisses zwischen Jugendlichen und ihren Eltern handelt.“ Das sind also die für die Arbeitnehmer wichtigsten Angelegenheiten. Aber hier ist vorgesehen, daß zum Zustandekommen von Beschlüssen eine Mehrheit bei den Arbeitgebern als auch bei den Arbeitnehmern vorhanden sein muß, was praktisch kaum je eintreten wird. Kommt ein Beschluß nicht zustande, so bleibt es bei dem bisherigen Zustande; denn eine Möglichkeit, vielleicht durch Anrufung einer andern Instanz doch noch zum Ziele zu kommen, ist nicht gegeben. Bei der Einstellung der Arbeitgeber, vor allem in den Kleingewerben, ist nicht damit zu rechnen, daß auf den im obigen Absatz angeführten wichtigen Gebieten je eine Verbesserung gegenüber den heutigen Zuständen erreicht wird. Die Mehrheit der Arbeitgeber wird zum Beispiel wohl nie bereit sein, einer Höhe des Entgelts zuzustimmen, wie es die Mehrheit der Arbeitnehmer für angemessen hält. Würde auch in diesen Fällen eine einfache Mehrheit entscheiden, wäre schon eher eine Einigung zu erzielen. Vielleicht wäre auch über die Schaffung einer weiteren Instanz ein Weg zu finden, daß, wenn erst keine Einigung möglich ist, doch noch ein für beide Teile annehmbares Resultat herauskommt.

Im schon erwähnten § 80 sind die Ermächtigungen für die gesetzlichen Berufsvertretungen festgelegt. Leider ist hier nirgends von Verpflichtungen die Rede, sondern nur von den Möglichkeiten, etwas zu tun. So ist unter 2 gesagt, daß sie die Höchstzahl der Lehrlinge festsetzen können, die in den Betrieben einzelner Berufe oder Berufsgruppen beschäftigt werden dürfen.
Mit das Wichtigste ist unter 7 aufgeführt. Danach können die Ausschüsse auch Richtlinien und Grundsätze für die Anerkennung von Lehrbetrieben aufstellen. Dies dürfte in unjerm Gewerbe großen Schwierigkeiten begegnen; denn es wird keinesfalls genügen, festzustellen, daß der Betriebsinhaber selbst gelernt und die Gehilfen- und Meisterprüfung bestanden hat. Die persönliche und sachliche Eignung des Betriebsinhabers befragt noch nicht, daß sich auch der Betrieb für die Lehrlingsausbildung eignet. Ist der Betrieb zum Beispiel zu klein, so daß vielleicht noch nicht einmal im ganzen Jahre Arbeit für den Lehrling und gar nicht oder nur vorübergehend für einen Gehilfen vorhanden ist, muß er als Lehrbetrieb ausscheiden. Dasselbe muß geschehen, wenn in dem Betrieb fast ausschließlich Spezialarbeiten ausgeführt werden; wir denken zum Beispiel an Bahnhofsballen- und Brückenstreichen, so daß der Lehrling nur ganz einseitig in dem Berufe ausgebildet werden könnte. Eine sorgfältige Auswahl der Lehrbetriebe wird mit die dringendste und dankbarste Aufgabe der Ausschüsse sein. Sollte sich herausstellen, daß die Anlegung einer Liste aller Betriebe, die als Lehrbetriebe anerkannt sind, zu schwierig ist, könnte man erwägen, ob man den Anregungen des Herrn Dr. H. Landmann in Heft 5 „Jugend und Beruf“ folgen kann, nicht die Lehrbetriebe von vornherein zu bestimmen, sondern außer denen, deren Ungeeignetheit feststeht, nach und nach die Betriebe auszumerken, die sich für die Heranbildung von Lehrlingen nicht eignen. Wir begrüßen es auch, daß nach § 86 Betriebe, die sich wohl eignen, aber systematisch der Lehrlingsausbildung entziehen, mit Zuschlägen zu den Beiträgen belegt werden können.

Der größte Mangel des Gesetzentwurfes muß darin erblickt werden, daß er völlig an der tariflichen Regelung des Lehrlingswesens vorbeigeht und sie an keiner Stelle erwähnt, dafür auch nach der Begründung absichtlich keinen

Raum lassen will, trotzdem schätzungsweise für etwa 200 000 Lehrlinge tarifliche Regelung erfolgte und erst in den letzten Wochen zum Beispiel der Reichstarif für das deutsche Baugewerbe, der ebenfalls wichtige Bestimmungen über die Lehrlingsfragen enthält, für verbindlich erklärt worden ist. Es erscheint uns ganz undenkbar, wie es auch für einige Gewerbe eine Verschlechterung des bisherigen

Herbstwerbung!

Die rührige Agitationsarbeit unserer Mitglieder in den Sommermonaten hat sehr gute Früchte gezeitigt. **Alle Filialen haben neue Mitkämpfer gewonnen!**

Es sind aber noch manche Lücken vorhanden, die es gilt, in aller Kürze auszufüllen. — Darum: **Kollegen, nützt die noch günstigen Werbegelegenheiten aus! Werbt unter den noch Fernstehenden! Stärkt Euren Verband!**

Die uns bevorstehenden großen Aufgaben erfordern geschlossene Reihen!

Zustandes bedeuten würde, wenn dieser Entwurf, wie vorgeschlagen, zur Annahme gelangte. Die tarifliche Regelung hat sich in den Fällen, in denen beide Kontrahenten ehrlich bestrebt waren, die vereinbarten Bestimmungen loyal durchzuführen, gut bewährt. Wir können es nicht gelten lassen, wenn es in der Begründung für die Nichtberücksichtigung der tariflichen Regelung heißt:

„Der Tarifvertrag ist in aller Regel auf Grund eines Ausgleiches der Kräfte, nicht selten nach vorgängigen Wirtschaftskämpfen, zustande gekommen; ändert sich das Kräfteverhältnis, so kann leicht eine sachlich wohl begründete Lehrplangordnung fallen. Gerade Fragen des Lehrlingswesens können aber nur auf lange Sicht bearbeitet werden. Schließlich ist zu bedenken, daß es nicht wünschenswert ist, den Lehrling etwa in die wirtschaftlichen Kämpfe der Erwachsenen einzubeziehen. Das Lehrverhältnis wird auf Jahre eingegangen und kann ohne Autorität nicht bestehen. Auch ist nicht immer als gewiß vorauszusetzen, daß im Widerstreite der Interessen der Erwachsenen die Interessen der Jugendlichen gut aufgehoben sind und von beiden Seiten genügend berücksichtigt werden.“

Die künftige Gesetzgebung kann demnach weder alles dem freien Willen der Beteiligten überlassen, noch kann sie die gesamte Berufsausbildung der Jugendlichen den Tarifgemeinschaften und dem Tarifvertrage zuweisen. Deshalb empfahl es sich, den Gedanken der berufständischen Regelung innerhalb gesetzlicher, festgesetzter Körperschaften aufzugreifen und auf diese Weise den Versuch zu machen, eine ruhige, auf Sachkunde und sachlichen Erwägungen beruhende Entwicklung der Berufsausbildung der Jugend in die Wege zu leiten. Wie oben ausgeführt, bedingt eine solche Regelung die gleichberechtigte Mitwirkung beider Teile des Berufsstandes, also sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer. Auch die Versichter des Tarifvertrages haben deshalb kaum berechtigte Veranlassung, sich gegen die hier vorgeschlagene Lösung zu wenden, da von einer Zurücksetzung der einen oder andern Seite füglich nicht gesprochen werden kann. Es war lediglich anzustreben, die Ordnung der Berufsausbildung von den Zufälligkeiten des Tarifvertrages und von den wirtschaftlichen Kämpfen der Erwachsenen zu befreien und sie in ein neutrales, für sachliche Beratung und dauernde Lösung geeigneteres Fahrwasser zu bringen.

Diese Auffassung scheint uns auch nicht vereinbar mit der neuen Entwicklung des Arbeitsrechts, die das Lehrverhältnis mehr und mehr als Arbeitsverhältnis betrachtet.

Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß die gesetzlichen Berufsvertretungen nur dann über Fragen des Lohnes, Urlaubs usw. Anordnungen treffen können, wenn keine tarifliche Regelung vorliegt.

Schon die Aufzählung einiger der wesentlichsten Punkte des Berufsausbildungsgesetzentwurfes, mit denen die Gewerkschaften nicht einverstanden sein können, zeigt, wie sehr der Entwurf noch der Verbesserung bedarf, wenn er auch die Zustimmung der Arbeitnehmer finden soll. Es wird sicher noch langwieriger Verhandlungen in den Parlamenten bedürfen, bevor der Gesetzentwurf zur Verabschiedung kommt, so sehr auch eine baldige zeitgemäßere Regelung der Berufsausbildungsfragen zu begrüßen wäre. Die Gewerkschaften aber sollten keinen Zweifel darüber lassen, daß eine Verabschiedung des Gesetzes mit ihrer Zustimmung nur in Frage kommt, wenn ihren berechtigten Forderungen nach Gestaltung dieses Gesetzes nachgekommen sein wird.

Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft.

Von R. Schmidt, M. d. R.
Die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung hat sich nie in den Rahmen der nationalen Einengung spannen lassen. Schon in der Frühzeit des Kapitalismus unterhielt der Handel lebhafteste Verbindungen mit allen nur erreichbaren Ländern, die ihm Gelegenheit zum Absatz der Waren und zur Aufnahme von Landesprodukten boten, die das eigene Land nicht hervorbrachte. Mit der Ausgestaltung der Verkehrsmittel erlangte die Ausdehnung des Ueberseehandels eine immer größere Bedeutung und führte in der neueren kapitalistischen Entwicklung zu einer engen Verflechtung internationaler Interessen. Nicht zuletzt bedingt durch die Bedürfnisse der europäischen Industrie, die zunehmend auf Rohstoffe aus weit entlegenen Ländern angewiesen war. Die starke Position Amerikas ist demgegenüber sofort erkennbar. Die in der kapitalistischen Entwicklung uns stark ähnelnden Vereinigten Staaten befanden sich in einer bedeutend vorteilhafteren Lage. Innerhalb der weit ausgedehnten Ländergebiete der U. S. A. ergab sich für die Industrie dieses Staates eine nahezu reißlose Versorgung mit Rohstoffen. Daneben wurde dieses Land ein bedeutsamer Rohstofflieferant der europäischen Staaten.

Europa war schon demgegenüber durch die Zerrissenheit seiner Staatenbildung weit im Nachteil; die Rohstoffgebiete waren verteilt und ungleich in den einzelnen Staaten entwickelt. Der industrielle Aufbau geriet immer mehr in Abhängigkeit von den ferngelegenen Rohstoffgebieten. Dazu kam, daß für einige wichtige Rohstoffe — Baumwolle und Kautschuk usw. — schon die klimatischen Verhältnisse keine Erzeugungsmöglichkeiten boten. Eine weitere Abhängigkeit ergab sich dadurch, daß die landwirtschaftliche Produktion für die stark anwachsende Bevölkerung den Bedarf des eigenen Landes nicht mehr deckte. Es wäre auch in Europa eine starke Ertragssteigerung der Landwirtschaft möglich, sicher in dem Umfange des Nahrungsmittelbedarfs der europäischen Bevölkerung; aber hier stoßen wir auf politische Hemmungen, die eine solche Entwicklung vereiteln. Man braucht nur an die fruchtbaren Gebiete auf dem Balkan zu denken, deren Ertragsfähigkeit nie ausgenutzt wurden, denn bei der Zerrissenheit und endlosen Kampfstellung der verschiedenen Völkerschaften unter einem despotischen politischen Regime wurde der kulturelle und soziale Fortschritt unterbunden. Oder vergegenwärtigen wir uns, welche Entwicklungsmöglichkeiten die russische Landwirtschaft bot, die unter einem reaktionären politischen System auf einen Tiefstand der Produktionsweise gehalten wurde, und auch bis gegenwärtig noch nicht zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit gekommen ist.

An alledem hat der Versailler Vertrag nichts gebessert, vielmehr eine Verschärfung hinzugefügt. Die in ihrer Entwicklung zusammengehörigen Wirtschaftsgebiete sind zwischen neuentstandenen Staaten aufgeteilt zum Nachteil derjenigen Völker, die bisher um den wirtschaftlichen Zusammenhalt jahrzehntelang schon erfolgreich bemüht waren. Verschieden wurde die Disharmonie durch die Abschließung der Staaten durch hohe Schutzollmauern, um so künstlich die Kraft zur eigenen Selbstständigkeit zu gewinnen. Das ganze Wirtschaftsgetriebe ist durch das europäische Durcheinander in einen Zustand der Schwäche geraten. Vor dem Kriege bedrückten uns Widerwärtigkeiten in ähnlichem Umfange nicht. Die Rohstoffversorgung hat den europäischen Industriestaaten nie Sorge gemacht. Zunehmend ging die Entwicklung dahin, daß in der Ausfuhr der europäischen Industriestaaten und in der Veredelung zu Fertigfabrikaten ein gewisser Ausgleich zwischen Einfuhr von

Rohstoffen und Ausfuhr von Fertigfabrikaten sich herausgebildet hatte. Auch bei der Versorgung mit Lebensmitteln ergaben sich, sobald die Nachwirkungen des Krieges vorüber waren, keine Schwierigkeiten; im Gegenteil, es wurde uns oft des Guten zuviel geboten. Für die Zukunft wird sich daran nichts ändern. Aber es hat sich doch eine nicht unbedeutende Umstellung in folgendem vollzogen.

Den Anteil, den die europäischen Industriestaaten am Weltmarkt in der Zeit vor dem Kriege erlangt hatten, hat unter dem Einfluß der starken Verschiebung wirtschaftlicher Machtstellung eine erhebliche Verschiebung erlitten. Der Weltmarkt hat zwar 1926 wieder die Höhe des Jahres 1913 erreicht, aber die europäischen Staaten sind dabei stark Leidtragende geworden. Deren Anteil am Gesamtmarkt ist von 90,52 Milliarden Mark im Jahre 1913 auf 85,25 Milliarden Mark im Jahre 1926 zurückgegangen. Mit hin ein Verlust von 14,34 %. Noch ungünstiger gestaltet sich dabei das Verhältnis Deutschlands zu diesem Ergebnis; denn für uns ergibt der Gesamtmarkt (Ein- und Ausfuhr) nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung einen Rückgang von 36,02 %.

Für die hochentwickelten europäischen Industriestaaten bedeutet dieser Eingriff in ihre Wirtschaftssphäre eine sehr ernste Gefahr. Für Deutschland trifft das in besonders hohem Maße zu; denn es führte im Jahre 1926 an Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten für 8502,89 Mill. Mark ein, bei einer Gesamteinfuhr im reinen Warenverkehr von 9951,01 Mill. Mark. Dazu kommt, daß in dem gleichen Zeitraum die Ausfuhr von 10 096,8 Millionen auf 6643,2 Millionen Mark zurückgegangen ist. Die absoluten Zahlen für 1926 sind höher; aber mit Recht hat das Institut für Konjunkturforschung unter Berücksichtigung der Preiserhöhung auf dem Warenmarkt die Zahlen für 1926 erniedrigt, um zu einem richtigen Vergleich zu kommen.

Das Ergebnis ist sehr übel; denn die kapitalistische Entwicklung erfordert eine Steigerung des Gesamthandels, wie wir es vor dem Kriege von Jahr zu Jahr zu verzeichnen hatten. Daß für Deutschland eine Steigerung des Außenhandels dringend notwendig ist, kann nicht in Zweifel gezogen werden.

Wie aber Abhilfe schaffen? — Hier ergeben sich schroffe Gegensätze in der Auffassung der Industrie und der Gewerkschaften. Der Reichsverband der Deutschen Industrie will die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt mit billigen Warenpreisen schlagen, die durch niedere Löhne und lange Arbeitszeit erreicht werden sollen. Dem widersprechen sich die Gewerkschaften nicht nur vom Standpunkt sozialpolitischer Erwägungen, sondern auch volkswirtschaftlicher Erkenntnis. Die Industrie sollte doch endlich erkennen, daß gegenüber den hochgeschraubten Schutzolltarifen ein Lohndruck zur Ausgleichung dieser Zollbelastung unmöglich ist. Wir haben heute Zölle im Auslande, die bis zu 50 % und darüber die deutsche Ware im Wert belasten. Ein solcher Schutzolltarif ist nicht zu überflügeln durch den Druck niederer Löhne und der damit verbundenen Preisenkung. Aber selbst, wenn es möglich wäre, dies zu erreichen, so würde das nach aller bisherigen Erfahrung nur den Anreiz zu neuer Zollserhöhung geben unter Berufung auf eine unsolide Konkurrenz. Fordern doch die Vereinigten Staaten gegenwärtig wieder gegen Deutschland eine Erhöhung des Zolles für Stahl und Stahlerzeugnisse, weil für die deutsche Ausfuhr von der Rohstoffgemeinschaft eine Exportbonifikation gewährt wird.

Bei allen Zolltarifverhandlungen mit dem Auslande spielt der Hinweis auf die niederen Löhne und die lange Arbeitszeit in Deutschland eine große Rolle. Um sich ein Bild von den ungleichen Verhältnissen zu machen, genügt es, wenn man die englischen Erhebungen vom Jahre 1924 über die Arbeitszeit in den Berufen der Metallindustrie zur Hand nimmt. Demnach betrug die Arbeitszeit in 13 Berufen der Metallindustrie wöchentlich 48 Stunden und darunter, das heißt, bis zu 41,6 Stunden; nur die Rohisenindustrie verzeichnete

49,6 Stunden. Eine auch nur annähernd günstige Stellung werden wir in der deutschen Metallindustrie vergeblich suchen. Wenn unter solchen Gegenüberstellungen im Auslande von einem deutschen Dumping gesprochen wird, so werden wir dem beweiskräftigen Material nicht entgegen setzen können. Gleich ungünstig fällt ein Vergleich mit englischen oder amerikanischen Löhnen aus.

Wir können unter diesen Umständen nur zu verträglichen Zuständen kommen, wenn, entsprechend den Beschlüssen der Genfer Wirtschaftskonferenz, ein Abbau der Zölle erfolgt. Dies muß durch günstige Handelsverträge erreicht werden. Ferner müssen alle Behinderungen im Warenverkehrsverkehr sowie in der Ausübung kaufmännischer Tätigkeit aufgehoben werden. Ob der Weltmarkt in absehbarer Zeit seine Aufnahmefähigkeit überhaupt stark erweitern wird, erscheint sehr unsicher; wir müssen uns klar werden, daß sich hier Veränderungen in den letzten Jahren vollzogen haben, die für ein schnelles Tempo der Aufwärtsentwicklung keine Hoffnungen aufkommen lassen. Die allein richtige Einstellung vom Standpunkt einer der Allgemeinheit dienenden Wirtschaftspolitik kann nur die sein, daß eine Warenpreissenkung durch weitestgehende Ausnutzung technischer Hilfsmittel und organisatorisch einfacher Betriebsweise erzielt wird, nicht aber auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft. Weiter wird man die Anforderung stellen — darin kann man der Ansicht, die auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Ausdruck kam, zustimmen — daß unsere Erzeugnisse sich durch hohe Qualität empfehlen müssen.

Lohndruck führt zur Verarmung der großen Masse, setzt die Lebenshaltung herab, und muß auf den Innenmarkt verheerend wirken. Kein Volk mit niederen Löhnen und langer Arbeitszeit nimmt eine kulturell hohe Stellung ein, immer wird die große Schicht der Erwerbstätigen in Industrie, Handel und Landwirtschaft durch ihre Lebensgestaltung auch die Kulturhöhe eines Volkes andeuten. Wenn es uns gelingt, den gegenwärtigen Aufstieg der Konjunktur zu halten, ja darüber hinaus noch zu steigern, dann nur durch die Sicherung einer Lebenshaltung der großen Masse, die keinen Rückschlag verträgt, sondern eine Aufwärtsentwicklung verlangt.

Bundesausschussübung in Magdeburg.

Einer Einladung von Oberbürgermeister Weims folgend, hatte der Bundesvorstand den Bundesausschuss zu seiner 9. Sitzung am 13. September nach Magdeburg einberufen. Der Bundesvorstand wollte den Verbandsvertretern Gelegenheit geben, die Theaterausstellung zu besuchen, die ein bedeutendes Kapitel deutscher Geistesgeschichte in hervorragender Ordnung des gewaltigen Stoffes veranschaulicht. Der Bundestag tagte in der neuen Stadthalle, die von Stadtbaurat Goedertig erbaut worden ist. Der Zweckgedanke, der die moderne Architektur beherrscht, ist in diesem monumentalen Bauwerk, das in erstaunlich kurzer Zeit errichtet worden ist, in einer künstlerisch wie technisch gleicher Weise klaren Form gestaltet worden. Die neue Bauweise hat bei den Gewerkschaften schon früher Verständnis gefunden. Sie haben selbst als Bauherren den führenden Architekten Gelegenheit gegeben, ihre Ideen zu verwirklichen. Das Bundeshaus, das Haus des Buchdruckerverbandes in Berlin, das Ausstellungsgebäude auf der Wesolei sind berechtigte Zeugnisse, daß die Schöpfer des neuen Baustils in den Gewerkschaften großzügige Auftraggeber gefunden haben.

Vor Eröffnung der eigentlichen Tagung begrüßte Oberbürgermeister Weims im Namen der Stadtverwaltung den Bundesausschuss mit herzlichen Worten. Im Namen des Ortsausschusses hieß Stadtrat Flügge die Verbandsvertreter willkommen. Leipzig dankte dem Oberbürgermeister und dem Sekretär des Ortsausschusses für die freundliche Aufnahme in dieser Stadt, in der die Arbeiterbewegung seit langem und zumal im letzten Jahrzehnt eine so bedeutsame Rolle spielt und ihren Führern ein reiches Feld der Betätigung erschlossen hat.

Dann erstattete Leipzig den Bericht des Bundesvorstandes. Der Bundesvorstand wird eine Konferenz der Arbeitersekretäre einberufen, und zwar vom 26. bis 28. September nach Frankfurt a. M. Sie wird sich dem Verfahren in der Unfall- und Invalidenversicherung bei den Arbeitsgerichten und der Arbeitslosenversicherung beschäftigen. Für die Krankenkassenwahlen hat der Bundesvorstand erneut eine besondere Broschüre als Wahlanleitung herausgegeben. Leipzig verwies noch auf die Konferenz der Bezirkssekretäre, die kürzlich stattgefunden hat. Ein neuer Bezirk, Hannover-Braunschweig ist gebildet worden, dessen Leitung Kollege Brennecke vom Bekleidungsarbeiterverband in Braunschweig übernommen hat. An Stelle des Kollegen Dr. h. c. Meyer, der Vizepräsident von Duisburg geworden ist, ist Kollege Bödler bisher erster Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes in Köln, vom Bundesvorstand an die Spitze des Bezirks Rheinland-Westfalen berufen worden. Ueber die Verwendung des vom Reichstag bewilligten und auf den 1. 10. entfallenden Anteil aus dem Zehn-Millionen-Fonds für Arbeitnehmer stimmt der Bundesausschuss den Vorschlägen des Bundesvorstandes zu. Danach soll, entsprechend dem mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete vereinbarten und von allen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften anerkannten Richtlinien eine Bundesschule des DGB in besetzten oder besetzt gewesen Gebiete errichtet werden. Ein größerer Betrag wird als Fondssicherung gestellt, damit den von den Einzelverbänden entsandten Schülern ein Zuschuß zu den Internatskosten gewährt werden kann. Ueber die Verwendung der Mittel übt das Ministerium für die besetzten Gebiete im Rahmen der Richtlinien die Kontrolle aus. Nach diesen Richtlinien ist jede Zuwendung oder Unterstützung an Personen Gruppen oder einzelne Organisationen unzulässig. Der Bau und die Organisation der beiden geplanten Bundesschulen erfordert die Anstellung einer neuen Kraft, eines Bildungssekretärs, dessen Aufgabe darüber hinaus die Förderung der Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften, insbesondere der Verbände, die keine eigenen Schulen haben, sein wird. Die Oberleitung des ganzen Schulbetriebes soll in der Hand des Bundesvorstandes, in erster Linie des neuen Bildungssekretärs, liegen. Der Bericht des Bundesvorstandes wurde einstimmig genehmigt.

Ueber die bisherige Tätigkeit der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik berichtete Dr. Naphthal. Die Forschungsstelle ist bekanntlich eine gemeinsame Einrichtung der Gewerkschaften, der Partei und der Genossenschaften. Ihre Aufgabe ist, für die Einheitslichkeit der wirtschaftspolitischen Stellungnahme der verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung zu sorgen. Die Forschungsstelle besteht aus zwei Abteilungen mit fünf wissenschaftlichen Kräften. Die agrarpolitische Abteilung untersteht dem Genossen Dr. Baade, die Abteilung, die sich vor allem mit den Fragen der Handelspolitik und der Industrie zu beschäftigen hat, wird vom Genossen Naphthal geleitet. Eine solche Stelle muß natürlich über einen entsprechenden Apparat verfügen. Es ist daher ein wirtschaftspolitisches Archiv angelegt worden, das zur Zeit aus 600 Mappen besteht. Außerdem ist eine Spezialbibliothek eingerichtet worden, die vornehmlich Monographien über die verschiedenen Industrien enthält. Eine Reihe von Hilfskräften sind für diese und andere Arbeiten eingestellt worden. Die Forschungsstelle hat als Aufgabe, in den Tagesfragen der Wirtschaftspolitik die wissenschaftliche Durchdringung des gesamten Materials zu leisten und eine einheitliche Stellungnahme vorzubereiten. Das Arbeitsprogramm hat sich daher der Forschungsstelle von der Tagespolitik her aufgedrängt. In der bisherigen Arbeitsperiode waren es vor allem folgende Gebiete, die die Forschungsstelle beschäftigt haben. Die Wirtschaftsenquete hat die Arbeitskraft der Forschungsstelle in erster Linie in Anspruch genommen. Außerdem haben die Forschungsstelle eine Reihe von Einzelfragen beschäftigt. Sie hat zusammengearbeitet mit dem Vorstand des DGB, bei der Denkschrift vom Februar 1926 über die Wirtschaftslage. Durch die Denk-

Ein deutscher Malergehelle als Schulmeister und Pastor in Rußland.

Von Ernst Kahlmann, Hamborn.

Kriegsgefangenschaft gehört unbestritten zu den unangenehmsten Situationen. Sie wird zur unerträglichen Qual, wenn die Bewachung von einer so verwilderten und jeder Menschlichkeit baren Horde ausgeübt wird, wie es die kaiserlich-russischen Kosaken gewesen sind. Es ist deshalb verständlich, wenn wir alles daransetzen, uns der väterlichen Obhut dieser wilden Söhne Asiens durch die Flucht zu entziehen. Auf den langen Irrfahrten durch die unwegsamen Gefilde Sibiriens kam ich nach dem Kaukasus. Meine Freunde, dem eisigen Klima entronnen zu sein, war um so mehr begründet, als ich dann, etwa in der Mitte zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meere, im Gouvernement Stavropol eine größere, von Deutschen besiedelte Kolonie antraf, in der ich mich ziemlich sicher fühlen und mich nach einer Beschäftigung zur Fröstung meiner Lebensbedürfnisse umsehen konnte.

Hier sollte ich das Glück haben, sogar im Berufe arbeiten zu können. Ein russischer Musik, der neben seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit noch das Gewerbe eines „Färbers“, so lautet dort die landläufige Bezeichnung für den Maler, betrieb, hatte die Maler- und Anstreicherarbeiten in einem neuerrichteten staatlichen Krankenhaus fertigzustellen. Obwohl die Arbeiten schon dem Ende entgegengingen, wurde ich auf meine Anfrage von dem Bauern-Malermeister doch gern angenommen.

Wenn Farbe und Pinsel in diesen weisabgelegenen Gegenden auch nur sehr selten gebraucht werden, so war ich über die häßliche Anführung der Arbeiten doch angenehm überrascht. Die Weißlackierung war sogar muster-gültig. Aber trotz des mehr als gemächlichen Tempos unserer Arbeitsweise konnten die einheimischen Kollegen nicht begreifen, daß ich bei der Arbeit rauchen wollte. Als ich mir wieder einmal eine Zigarette ansteckte, kam richtig der Meister gelaufen, packte mich bei beiden Schultern und setzte mich mit der Bemerkung: „Wenn man raucht, kann man doch nicht arbeiten“ kurzerhand in eine Ecke. Hier

mußte ich sitzen bleiben, bis ich ausgeraucht hatte. Später kam er dann alle halbe Stunden mit seinem „Kuriet nada“, das heißt, „komm, wir müssen wieder einmal rauchen“.

Aber die Arbeitszeit! Wie die Bauern in diesen hinterwäldlerischen Gebieten eine andere Zeiteinteilung nicht kennen, und von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang ihren Trost gehen, so auch in den Handwerksbetrieben. Und doch wird in der übermäßig langen Arbeitszeit nicht die Hälfte von dem geschafft, was bei Einhaltung des Achtstundentages von unsern deutschen Kollegen geleistet wird. Leider war die Arbeit soweit fortgeschritten, daß ich mich bald nach etwas andern umsehen mußte. Tatsächlich fand ich bei einem deutschen Schmied eine Beschäftigung als Helfer. Das behagte mir nun weniger, aber es war auf alle Fälle besser, als unter der Gefahr, erwischt und wegen Flucht aus der Gefangenschaft abgerufen zu werden, plan- und ziellos in den wenig bevölkerten Landstrichen umherzu-ziehen. Meine Geduld sollte aber bald auf eine Weise belohnt werden, an die ich nie gedacht hatte.

Als die Russen wieder einmal eine Aushebung für den Seereserfab machten, mußte auch der bisher noch verschont gebliebene Lehrer des Ortes Soldat werden. Einige Tage später kamen dann die Dorfschützen in unsere Schmiede, um mir in aller Feierlichkeit das Amt des Schulmeisters anzutragen. So sehr ich mich auch gegen das mir zuge dachte Lehramt sträubte, wußten die Bauern doch immer neue Gründe ins Feld zu führen, und es gelang ihnen, meine Bedenken mit ihrer Bauernschlaubeit zu zerstreuen. So wurden wir uns einig, daß ich die ländliche Jugend gegen eine monatliche Vergütung von zwei Rubel für jedes Kind in den Elementarfächern, Lesen, Schreiben und Rechnen, unterrichten sollte. Meine Verpflegung wurde von den Eltern der meiner Obhut anvertrauten Kinder übernommen, während mir im sogenannten Staatszimmer, das jedes Dorf für die Kuriers der Regierung unterhalten mußte, eine Wohnung eingerichtet wurde. Ich habe nie in meinem Leben besser gelebt, als während meiner Lehrtätigkeit, wo ich von Haus zu Haus die Runde machte. Jeder Bauer strebte nach der Ehre, den Herrn Lehrer am besten zu bewirten. Im übrigen klappte die Sache vorzüglich. Wenn auch meine Kenntnisse, besonders auf religions-technischem

Gebiet, zu wünschen übrig ließen, waren sowohl Eltern wie Kinder mit meiner Tätigkeit zufrieden.

Kurze Zeit vor Weihnachten machten mir dann die Dorfschützen bei einem zweiten offiziellen Besuche klar, daß ich am Fest und in Zukunft auch an den Sonntagen Gottesdienst abhalten und predigen müsse. Wollte ich mein schönes Lehramt nicht fahren lassen, so mußte ich mich in das Unvermeidliche fügen. Es war mir zwar bei meinem Vorhaben etwas unbehaglich. Da ich mich aber schon früher etwas in Beredsamkeit geübt hatte, arbeitete ich eine Predigt aus, der ich das Bibelwort „Die Liebe horet nimmer auf“ zugrunde legte. Die Leiden der Menschheit durch den schrecklichen Krieg gaben mir ausreichende Gelegenheiten, das furchtbare Morden im Interesse einer kleinen Clique besonders Bevorzugter in allen kriegführenden Ländern gebührend zu brandmarken. Der Erfolg meiner Probe-predigt vor vier gleichfalls entflohenen Kriegskameraden war verblüffend. Meine Ausführungen gingen dem deutschen Gemüt meiner Kampsgenossen so zu Herzen, daß sie in der Erinnerung an das deutsche Weihnachtsfest, von Rührung übermannt, ihren Tränen freien Lauf ließen. Wider Erwarten ging alles gut. Obwohl die Leute im allgemeinen Frömmel von der Sekte der Baptisten sind, fand meine Predigt vollen Anklang, so daß mir die Bauern nach der Beendigung dankbar die Hand drückten.

Wie ein Lauffeuer hatte es sich in der von deutschen Ansiedlern bewohnten Umgegend herumgesprochen, daß ein deutscher Soldat predigt. An den darauffolgenden Sonntagen konnte die kleine Dorfkirche die Gläubigen und Neugierigen kaum fassen. Unterdessen war die Revolution liegertich gewesen, so daß ich auch von den Russen nicht mehr zu befürchten hatte. Dennoch ging die Herrlichkeit mit dem beginnenden Frühjahr zu Ende, da die Schule in den Sommermonaten geschlossen ist und die Kinder von klein auf zur Feldarbeit herangezogen werden. So trat ich mein Lehr- und Pastorenamt an den zurückkehrenden Schulmeister ab und verjuchte mit Erfolg, über den Kaukasus meine langentbehrte Heimat zu erreichen. Hier angekommen, erfaßte mich die unerbittliche Kriegsmaschinerie aufs neue. Zum Dank für meine frühzeitige Rückkehr schickte man mich an die Westfront!

Kollegen, werbt für die Stärkung Eures Verbandes!

Schrift ist seinerzeit ein bedeutender Einfluss auf die öffentliche Meinung ausgeübt worden. Die dauernde Beobachtung und Bewertung der Wirtschaftslage ist überhaupt ihre ständige Aufgabe. Die Forschungsstelle hat grundsätzlich die Subventionierung einzelner Unternehmungen bekämpft, auch da, wo sie bestimmten Gruppen der Arbeiterschaft im allgemeinen förderlich zu sein schien. Es kommt in dieser Frage wie auch bei der Stellungnahme zu preispolitischen Fragen auf die Einordnung der Gruppeninteressen in die Gesamtinteressen an. Je größer der wirtschaftliche Einfluss der Arbeiterbewegung wird, um so größer werden die Reibungsflächen zwischen den Organisationen der Arbeiterschaft. Hier ausgleichend zu wirken, ist eine wesentliche Funktion der Forschungsstelle. Bei der Frage der Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms war es besonders wichtig, möglichst eine Übereinstimmung zwischen den Reichs- und Landtagsfraktionen und dem DGB herbeizuführen. Bei Gelegenheit des Arbeitsbeschaffungsprogramms ergaben sich eine Reihe von strittigen Fragen. Genosse Naphthali ging besonders auf die Kanalfrage ein. Es musste vielfach die rein lokale Einstellung der Arbeitgeber überwinden werden.

Auf dem Gebiet der Zollverhandlungen, der Agrarpolitik, bei der Vorbereitung des sozialdemokratischen Agrarprogramms hat die Forschungsstelle sich führend beteiligt. Als die Frage der Ferngasversorgung auftauchte, zeigte sich starke Unterschiede der Auffassungen zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen. Hier hat eine zu diesem Zweck eingesetzte Beratungsstelle einen Ausgleich der Gegensätze ermöglicht. Naphthali besprach sodann die Meinungsverschiedenheiten bei der Zündholz- und bei der Zigarettengehaltgebung. Auch hier wird eine einheitliche Stellungnahme von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften herbeigeführt werden können. Naphthali schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch auf eine engere Zusammenarbeit mit den einzelnen Verbänden. Leipzig dankte dem Genossen Naphthali für seinen instruktiven Bericht, der zeigte, wie umfangreich das Aufgabengebiet der Gewerkschaften geworden ist.

Anschließend gab Schlimme eine Darstellung der Gründe, die zu Meinungsverschiedenheiten der Verbände über die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen führen. Er erinnert daran, daß zur Vermeidung solcher Meinungsverschiedenheiten viel beigetragen werden kann, wenn die Bestimmungen der Bundesstatuten über die Führung von Lohnbewegungen und über Tarifabschlüsse in Gebieten und Betrieben, an denen mehrere Organisationen beteiligt sind, von vornherein sorgfältigste Beachtung finden. Leider seien die Gedanken dieser Bestimmungen noch nicht in die Verbandsstatuten aufgenommen worden, obwohl § 55 der Bundesstatuten diese Übernahme fordert. Daher erinnert der Bundesvorstand daran, daß die Bestimmungen der Bundesstatuten streng innegehalten werden müssen. Ferner schlägt der Bundesvorstand vor, daß Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen nur im Einvernehmen aller beteiligten Verbände gestellt werden mögen. Ergeben sich hierbei Meinungsverschiedenheiten, so soll der Bundesvorstand schlichtend eingreifen.

Nach einer kurzen Debatte schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Aus unserm Beruf

Darmstadt. (Ehrung der Jubilare.) In unserer größten Zahlstelle Eberstadt hatte der Vorstand die Kollegenschaft zu einer Familienfeier geladen. Kollege Arnold hielt die Begrüßungsansprache, Kollege Luft die Festrede, in der er daran erinnerte, daß wohl noch keine Generation so große Ereignisse erlebte, wie sie sich im letzten Jahrzehnt zugezogen. Daß heute der Arbeiter überall Einfluß habe, danke er der zähen gewerkschaftlichen Arbeit. Für die Mitarbeit und Treue zum Verband sollen heute unsere „25jährigen“ ausgezeichnet werden. Kollege Hütsch betonte, daß die Filiale im ganzen 120 Jubilare zähle, für heute überreichte er an 31 Kollegen die vom Verband gestiftete Urkunde. Im nächsten Jahr besteht unsere Filiale, die zur Zeit 35 Zahlstellen mit über 1000 Mitgliedern zählt, 30 Jahre. Im übrigen nahm die Feier einen prächtigen Verlauf. Ein Kind trug einen mit Beifall aufgenommenen Prolog vor. Der Gesangverein „Lassalle“ erkante für seine drei stimmungsvollen Chöre großen Beifall. Lustige Vorträge und zwei vom Kollegen Arnold verfasste Lieder sorgten für den nötigen Humor.

Rostock. Der erweiterte Vorstand hat sich in einer Sitzung mit der Ausbildung unserer Lehrlinge beschäftigt. Nach eingehender und lebhafter Aussprache wurde beschlossen, nachstehendes Schreiben an die Leitung unserer Gewerbeschule zu senden:

„Der Vorstand des Verbandes der Maler und Lackierer, Filiale Rostock, beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Ausbildung der Lehrlinge. Es ist uns bekannt geworden, daß die Leitung der Gewerbeschule vom 1. Oktober an für die Malerklassen den Sommer- und Winterunterricht einführen wird (bisher wurde nur im Winterunterricht erteilt) und sind erfreut, daß diese Regelung eintritt. Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß bereits vor einiger Zeit im Ortsratsamt von uns aus die Frage angeschnitten wurde. Wir haben das größte Interesse an einem gut ausgebildeten Handwerksnachwuchs und sind überzeugt, daß eine gute Ausbildung nur dann stattfinden kann, wenn der Lehrling fortlaufend die Schule besucht.

Geizigzeitig gestatten wir uns die Bitte, uns Gelegenheit zu geben, mit der Schule Hand in Hand arbeiten zu können, etwa durch Teilnahme am Schulunterricht oder durch Besuch von Schulausstellungen, um im Interesse des Handwerks Fühlung zu haben und gegebenenfalls Vorschläge machen zu können.

Eine Abschrift geht gleichzeitig an die Malerinnung.“

Lohnbewegung

Einen Idealtarif, wie sie ihn aufstellt, versuchte kürzlich in dem Oldenburger Land eine Maler-Innungsinnung den im Innungsbezirk beschäftigten Malergehilfen zur Unterschrift vorzulegen. Nach den Bestimmungen dieses Monstrums sollten gelten:

Eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden beziehungsweise 60 Stunden die Woche. (Wochenend wird Sonntags nachmittags gemacht.)

Für jede über die achte Stunde, beziehungsweise über die 48-Stunden-Woche geleistete Arbeitsstunde wird ein Zuschlag von 3 % gezahlt.

Für jede über die zehnte Stunde, beziehungsweise über die 60-Stunden-Woche geleistete Arbeitsstunde wird ein Zuschlag von 25 % auf den Lohn, der im ersten Gesellenjahr 80 % betragen soll, gezahlt.

Diese Ueberarbeit, trotz der gesetzlichen Vorschriften über die Regelung der Arbeitszeit, zu verantworten, ist Sache jedes einzelnen Betriebs. Das gleiche gilt auch von Sonntags- und Nachtarbeit.

Die Gehilfen dürfen Arbeiten auf eigene Rechnung ausführen, nur nicht in derselben Zeit, wo sie bei einem Meister in Arbeit stehen.

Dieser „Tarif“ sollte am 27. August in Kraft treten, außerdem war eine vierwöchige Kündigungsfrist vorgesehen. Selbstverständlich ist der Traum dieses Innungsvorstandes schnell zu Scham geworden, nachdem ihm von der zuständigen Stelle aus die notwendige Aufklärung geworden war, daß vorläufig noch der Reichstatistatvertrag Geltung habe.

Peine. Ueber die Werkstelle des Malermeisters Willi Lerch jr. mußte die Sperre verhängt werden. Ein junger Kollege, der seit Juni dort arbeitete, konnte nie ordnungsgemäß seinen Lohn erhalten. Als auch für die letzten 14 Tage keine Zahlung erfolgte, stellte der Kollege die Arbeit ein und verlangte seine Papiere. Doch konnte der Meister sie nicht herausgeben, da wohl die Beiträge für die Steuer- und Invalidenmarken abgezogen, aber keine Marken dafür eingeklebt waren. Die Gewerkepolizei zog darauf auf Antrag die Papiere ein, ohne daß die Papiere in Ordnung gebracht worden waren. Nun wird sich das Arbeitsgericht mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Melde darum jeder Kollege diese Werkstelle!

Baugewerbliches

„Soziale Bauwirtschaft“. Monatlich 2 Hefte. Bezugsgebühr monatlich 1 M., für Gewerkschafter monatlich 50 Pf. Preis der Doppelnummer 18/19 2 M., für Gewerkschafter 1 M.

Wer die wirtschaftliche Macht besitzt, hat stets auch einen großen Einfluß auf die Staatsmacht. Die unter dem kapitalistischen System leidende Menschheit muß deshalb neben der politischen auch die wirtschaftliche Macht erobern. Sie muß an die Stelle der Privatwirtschaft die Gemeinwirtschaft setzen. Diese Erkenntnis ist so alt, als es eine Arbeiterbewegung gibt. Nur über die zum Ziel führenden Wege ist bis heute eine völlige Einigkeit nicht erreicht worden. Die baugewerbliche Arbeiterschaft hat den Weg der bloßen Erörterung dieser Frage verlassen und an die Stelle des Wortes die Tat gesetzt. Unbekümmert um alle von rechts und links gemachten Einwände hat sie ihren Weg verfolgt. Die von ihr ins Leben gerufene Bauhüttenbewegung ist heute ein Faktor, mit dem auch die Gegner rechnen müssen.

Das soeben zum Bundeskongress des Deutschen Bau-gewerksbundes erschienene Doppelheft Nr. 18/19 der „Soziale Bauwirtschaft“ gibt einen geschichtlichen und wirtschaftlichen Ueberblick über die gesamte Bauhüttenbewegung. Ueber die Entstehung und das allmähliche Werden der Bewegung berichtet H. Ellinger. Ergänzt wird dieser geschichtliche Ueberblick durch einen Bericht über die Bauhüttenbewegung im Jahre 1926. Von 152 angeschlossenen Betrieben haben 148 Betriebe berichtet, die im Jahre 1926 zur Zeit der besten Bautätigkeit 23 691, im Jahresdurchschnitt 16 303 Arbeiter und Angestellte beschäftigten. Der Jahresumsatz steigerte sich von rund 41 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 68 Millionen Mark im Jahre 1925 und auf 81 Millionen Mark im Jahre 1926. Ebenso ist das Eigenkapital der Betriebe gestiegen. Die hierüber berichtenden 143 Betriebe hatten im Jahre 1926 ein Stammkapital von 3 227 319,61 M., 1924 hatten 159 berichtende Betriebe 2 158 083,63 M. und 1025 146 berichtende Betriebe 3 180 009,89 M. Stammkapital. Die erarbeiteten Reserven stiegen bei denselben Betrieben in den gleichen Zeiträumen von 818 170,58 M. auf 937 647 M. und auf 1 277 756,53 M., und das gesamte Eigenkapital, einschließlich Reserven und Gewinn von 3 678 475,23 M. auf 4 231 066,25 M. und auf 4 648 266,25 M. Es ergibt sich also gegenüber von 1924 eine Steigerung von 26,3 %.

Weiter folgen 10 Einzelberichte der Bezirksleiter, die von der Stärke der Bauhüttenbewegung ein gutes Bild geben. Eine farbige graphische Darstellung von Hugo Scheibel über die Organisation der sozialen Bauwirtschaft zeigt den ideellen und wirtschaftlichen Aufbau der gesamten Bauhüttenbewegung. Wertvolle Anregungen über die weiteren Aufgaben der Bauhüttenbewegung bringen Aufsätze von Hugo Scheibel und dem Bezirksleiter Karl Hermann, Leipzig. Der frühere Sekretär des ungarischen Bauarbeiterverbandes, Alexander Garbei, steuerte für diese Nummer eine geschichtliche Studie über die Bauhütten im Lichte der Kulturgeschichte, vom Altertum ausgehend bis zur heutigen Zeit, bei. Der Direktor der Arbeiterbank Bern Meyer gibt in einer knappen Darstellung eine Schilderung des Verhältnisses der Arbeiterbank zum Verband sozialer Baubetriebe, während Dr. Bodien die gewerkschaftliche Wohnungsfürsorge-

gesellschaft Dewog als notwendige Ergänzung zur Bauhüttenbewegung darstellt. Das Heft enthält Abbildungen einiger moderner Bauten, die von Bauhütten hergestellt werden, und weiterer Abbildungen von Bauwerken, die den von Garbei dargestellten Zeiten entsprechen.

Gewerkschaftliches

Ueber 100 000 Mitglieder zählt jetzt auch der Zentralverband der Zimmerer und rückt damit in die Reihen der Großgewerkschaftsverbände ein. Die fleißige und systematische Vorbereitung, die seit Monaten der Zimmererverband unter seinen Berufskameraden entfaltet, hat gute Früchte gezeitigt, und stolz können alle, die an dieser rührigen Agitationsarbeit beteiligt waren, sagen: Wir haben unsere Pflicht getan, und nun weiter auf diesem Wege. — „Der Zimmerer“, der in seiner Nummer 3 dieses erfreulichen Fortschritts gedenkt, bemerkt unter anderem sehr treffend: „Die Tatsache, daß wir heute rund 60 % aller im Zimmergewerbe vorhandenen Lehrlinge und insgesamt 101 036 Berufsangehörige organisatorisch erfasst haben, beweist, daß die Werbe- und Anziehungskraft der Berufsorganisationen nicht erloschen, sondern daß diese werdende Idee immer noch die stärkste Anziehungskraft ausübt. Die Zahl der Gewerkschaften, die prozentual soviel Berufsangehörige organisiert haben, wie das in unserm Verband der Fall ist, wird nicht sehr groß sein. Wenn wir von den rund 183 000 nach der amtlichen Berufs- und Betriebszählung ermittelten Berufstätigen im Zimmergewerbe rund 60 % organisatorisch erfasst haben, so ist das ein Erfolg, der sich sehen lassen kann und der jeden Vergleich mit den Organisationsverhältnissen in anderen Industrie- und Gewerbe-zweigen nicht nur aushält, sondern vielfach sogar in den Schatten stellt. Dieser erfolgreiche und werdende Idee, deren Wurzel die Berufssolidarität ist, werden wir auch in Zukunft unsere Förderung angedeihen lassen, unbeschadet der Befreiungen, die darauf abzielen, dieser gesunden Entwicklung Gewalt anzutun.“

Der neue Nahrungsmittel- und Getreidearbeiterverband. In Leipzig tagten in der Vorwoche die Verbände der Fleischer, Böttcher, Lebensmittel- und Getränkearbeiter und Nahrungs- und Genussmittelarbeiter (Denag), um nach wochenlangen Vorarbeiten die vier Verbände zu einer einheitlichen Organisation zu verschmelzen. Nach stundenlangen Debatten beschlossen die Böttcher und Fleischer einstimmig die Verschmelzung, auch die beiden anderen Verbände erklärten sich gegen wenige Stimmen für den Zusammenschluß.

Lichtbild und Film im Dienst der Arbeiterbewegung. Als Lichtbild- und Filmzentrale für die Gewerkschaften kommt vor allem der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Abteilung Lichtbild und Film, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, in Frage. Die Lichtbildabteilung hat Serien aus allen Gebieten wie Geschichte, Sozialismus, Völkerkunde, Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Gesellschaftswissenschaft, Technik und Berufswesen, Erziehung, Jugendbewegung, Sport, Spiel, Kunst und Kunstgeschichte sowie Märchenvorträge für Kinder. Das ausführliche Lichtbildverzeichnis wird an alle unsere Organisationen kostenlos abgegeben. Die Filmabteilung vermittelt und verleiht alle guten Lehr-, Spiel- und Kulturfilme sowie die Filme unserer Weltanschauung: Schmiede, Freies Volk, Die Weber, Die neue Großmacht, Potemkin, Schwarzer Sonntag, Namenlose Helden und ähnliche. Da eine große Anzahl von Arbeiterorganisationen schon heute mit dem Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit zusammenarbeiten, ist die Gewähr gegeben, daß wirklich erstklassige Lichtbildserien zum Verleihe kommen. Ein Reihe von Gewerkschaftern sind selbst Bearbeiter von Lichtbildserien. Es sei nur auf die neueste Serie hingewiesen: „Die Geschichte der Gewerkschaften“, Bearbeiter Fritz Fricke, Gewerkschaftsschule Berlin. Um den Organisationen besonders entgegenzukommen, vermittelt der Reichsausschuß auch sämtliche Apparate zu den günstigsten Bedingungen.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Zur Bleiweißfrage.

Wegen seiner Einwirkungen auf die Gesundheit unserer Berufskollegen und anderer Arbeiter wurde das Bleiweiß bekanntlich zum Gegenstand eines internationalen Ueber-einkommens gemacht, das die Arbeitskonferenz von 1921 beschloß. Diese Maßnahme hat jedoch die Erörterungen über die Bleiweißverwendung nicht beendet, die vielmehr weitergehen. Deshalb ist auch eine neue Schrift des Internationalen Arbeitsamtes, betitelt „Lacéruse“, von zeitgemäßem Interesse. Die Schrift wurde in der Abteilung für Gewerbehygiene verfaßt, die von Professor Luigi Carozzi geleitet wird. Man findet darin Angaben sowohl medizinischer wie technischer Art, die sich auf die Frage der Bleiweißverwendung in den verschiedenen Ländern beziehen. Außerdem wird ein Ueberblick über die Streitfragen gegeben, welche Gefahren die Bleiweißverwendung im letzten Jahrhundert hervorrief. Schließlich wird der Wert einer gesetzlichen Regelung, wie sie in manchen Ländern besteht, und andererseits des absoluten Verbotes der Bleiweißverwendung im Malergewerbe besprochen.

In England hat kürzlich anlässlich der Beratungen über den Gesetzentwurf, betr. die Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe, im Unterhaus nach dem Bericht des MW. eine interessante Debatte über den gewerblichen Schutz der Frauen und Kinder stattgefunden. Ein Abgeordneter hatte gefordert, daß in dem Gesetz zum Schutze gegen Bleivergiftung das Verbot der Beschäftigung von Frauen

bei Malerarbeiten, die mit Bleifarben ausgeführt werden, beseitigt werde. Dieser Antrag wurde vom Unterhaus abgelehnt.

Die Sprecherin der Arbeiterpartei hat den Standpunkt der britischen Arbeiterinnen vertreten und darauf hingewiesen, daß die britischen Arbeiterinnen niemals einen besonderen Schutz gefordert haben, wenn dieser nicht auf Grund der praktischen Erfahrungen dringend erforderlich war. Die in manchen Kreisen bestehende Befürchtung, der Frauenschutz beeinträchtige die Arbeitsmöglichkeiten der Frauen, sei durchaus unbegründet. Die Erfahrung zeigt, daß seit Einführung der gewerblichen Schutzmaßnahmen für die Frauen die Zahl der in der Industrie beschäftigten Frauen ständig zugenommen und nicht abgenommen habe. Lediglich die Ratifikation des Übereinkommens, betreffend die Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe, ermögliche einen wirksamen Schutz aller beteiligten Arbeiter. Wenn dies noch nicht durchgeführt werden könne und die Männer nach wie vor der Gefahr der Bleivergiftung ausgesetzt sind, sei dies kein Grund für die Frauen, nicht für sich eine Beseitigung dieser Gefahr zu fordern, um so mehr, als die Frauen leichter gesundheitlichen Schädigungen durch Berufskrankheiten ausgesetzt sind.

Verschiedenes

Soll die Hausfrau bei ihrer Arbeit stehen oder sitzen? Es wird über die Gesundheitslehre viel geschrieben. Ueber die Gesundheit kräfteparende Körperhaltung bei der Arbeit besteht bereits eine ansehnliche Literatur. Das ist gut so. Aber wenig hört und liest man über die Rationalisierung und Arbeitsverbesserung in der Küche, dem ureigenen Gebiete der Frau. Und doch rühren die Frauenkrankheiten zum größten Teil von der gesundheitsschädlichen und unrationellen Arbeitsweise in der Küche her. Einem Artikel „Kraftsparende Körperhaltung bei der Hausarbeit“, den die Verfasserin des Buches „Der neue Haushalt“, Dr. Erna Meyer, in der Zeitschrift „Das Werk“ veröffentlicht, entnehmen wir folgende zeitgemäße Ausführungen: „Es braucht kaum gesagt zu werden, daß das körperlich Anstrengendste im Haushalt das Stehen ist. Nicht etwa nur für die Füße und Beine, die dadurch besonders beansprucht werden, sondern für den ganzen Körper, weil auch die Arm- und vor allem die Rückenmuskeln eine außergewöhnlich starke Spannung dabei erfahren. Denn man steht ja nicht, um zu stehen, sondern man arbeitet dabei irgendetwas mit den Händen (zum Beispiel Geschirrwaschen), und zwar gewöhnlich leicht nach vorn gebeugt oder gar gebückt, woraus sich außer der Belastung der gesamten Weimuskulatur die allen Hausfrauen leider so wohlbekannte Anspannung vor allen der unteren Rücken-, aber auch der Schulter- und Nackenmuskeln ergibt. Daher ist keine Körperhaltung so ermüdend und geradezu gefährlich wie das Stehen und das damit verbundene mehr oder weniger starke Vorbeugen (das an sich schlimmere tiefe Bücken kommt ja nur selten langanhaltend in Frage). Diese bei aller Hausarbeit häufigste und zugleich gesundheitsschädlichste Körperhaltung ist die Hauptursache der meisten Weirerkrankungen, wie Krampfadern, geschwollene Füße, Platt-, Senk- und Knickfuß, die in den letzten Jahren so große Ausdehnung gewonnen haben. Auch ein großer Teil des abendlichen Abspannungsgedächtnisses, überhaupt der übermäßigen Müdigkeit bei der Hausfrau, muß auf das viel zu viele Stehen und Hantieren in halbgebückter Haltung zurückgeführt werden. Der einfache Schluß aus alledem ist: Vermeide im Haus das Arbeiten im Stehen und in jeder Haltung, die andere als die für die betreffende Verrichtung unmittelbar in Frage kommende Muskelgruppen beansprucht. Wenn man nach diesem Grundsatz bisher recht wenig gehandelt hat, so trägt die Hauptschuld wohl daran die alte, aus ganz andern Zeiten übernommene Tradition: „Über man kann doch im Sitzen nicht arbeiten!“ Mit dieser völlig falschen und sinnlosen Ueberlieferung muß endlich restlos gebrochen und danach getrachtet werden, bei fast allen häuslichen Arbeitsverrichtungen das anstrengende Stehen mit dem Sitzen in bequemer Stellung zu vertauschen.“

Fachtechnisches

Fachkurse für Maler. Das Badische Landesgewerbeamt Karlsruhe beabsichtigt, bei genügender Beteiligung in den kommenden Herbst- und Wintermonaten eine Reihe Kurse für Handwerker und Facharbeiter zu veranstalten.

Für Maler kommen folgende Kurse in Betracht:
a) Dekorationsmalen (Wand- und Deckenbelegung); Dauer 3 Wochen. Anmeldefrist: 1. November 1927.

b) Holzfarbmalen (Malerieren und Lasteren); Dauer 3 Wochen. Anmeldefrist: 1. November 1927.

c) Schriftmalen; Dauer 2 Wochen. Anmeldefrist: 1. Dezember 1927.

Außer diesen Kursen können auf Antrag noch weitere Kurse, deren Veranstaltung wünschenswert und dringlich erscheint, eingerichtet werden. Die Kurse finden in Karlsruhe statt, können aber auch auf Antrag an andern Orten, sofern eine genügende Beteiligung gesichert ist und geeignete Unterrichtsräume zur Verfügung stehen, zur Einrichtung kommen. Wo nichts besonderes vermerkt ist, kommen die Kurse als Ganztageskurse mit einer achttündigen Unterrichtszeit zur Veranstaltung.

Zu den Kursen werden landesamtliche Handwerksmeister, Gehilfen, Facharbeiter und Lehrer an Gewerbe- und gewerblichen Fortbildungsschulen zugelassen. Die Unterrichtsgelder betragen durchschnittlich 3 bis 5 M. Unbemittelten Teilnehmern kann auf Antrag diese Gebühr erlassen werden.

Anmeldungen zu den Kursen sind unter Angabe von Name, Beruf, Berufsstellung (ob selbstständig, Gehilfe oder Facharbeiter) und Alter alsbald beim Badischen Landesgewerbeamt in Karlsruhe, spätestens bis zu der in Betracht kommenden Anmeldezeit, einzureichen.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

Werbeanstellung für das „Fachblatt der Maler“ in Frankfurt a. M. In den Tagen vom 17. bis 19. September hatte die Filiale Frankfurt a. M. einen Teil der aus dem zweiten Preisanschreiben des Fachblattes hervorgegangenen Wettbewerbsarbeiten im Jurteaal des Handwerkerhauses zu einer Ausstellung zusammengestellt. Neben diesen dekorativen Entwürfen wurden auch die bisher durch den Verlag des Fachblattes herausgegebenen Jahrgänge, Vorlagen und Werke gezeigt. Die Ausstellung, die gut vorbereitet war — Meister, Architekten, Behörden und Schulen hatten wir durch persönliches Schreiben eingeladen —, wurde von rund 1200 Personen besucht. Dem Gebotenen wurde recht lebhaftes Interesse entgegengebracht und freudige Anerkennung gezollt. Daß unser Fachblatt für sich in Anspruch nehmen kann, auf dem Gebiete der modernen dekorativen Fachliteratur heute mit führend zu sein, wurde uns wiederholt bestätigt. Das Verdienst der Organisation ist hierbei unbestritten anerkannt worden. Recht zahlreich waren die Besucher aus dem Kreise der Gewerbelehrer; unter andern fanden sich auch die Schüler von 6 Berufsschulklassen zur Besichtigung ein. Im Vorraum des Ausstellungssaales wurden gleichzeitig auch Lehrlingsarbeiten unserer Filialfachschule der Holzmal- und Schriftkurse gezeigt, die gerechte Würdigung und lobende Anerkennung fanden. Alles in allem kann diese Veranstaltung als wohl gelungen bezeichnet werden. Jedenfalls sind durch diese Demonstration die Fachangehörigen und Berufene einmal aufgerüttelt und darauf hingewiesen worden, daß zur Förderung des Berufes etwas mehr getan werden kann, als es bisher der Fall war. In kulturfördernder Beziehung steht uns ein Erfolg sicher zu Buch und dürfte der Verlag des Fachblattes auch zahlenmäßig an Abonnenten daraus gewinnen. Aus Kollegenkreisen wurden an dem Ausstellungstage fast zwei Duzend neue Abonnenten gewonnen. Nicht zuletzt hat daran auch die Organisation in agitatorischer Hinsicht profitiert, was uns einige Neuaufnahmen von Kollegen beweisen.

Die preisgekrönten und angekauften Arbeiten des Wettbewerbes werden im „Fachblatt der Maler“ veröffentlicht. Auch die am 1. Oktober erscheinende Nummer wird wieder einige derartige Entwürfe enthalten. So ein Herrenzimmer von L. Riepe, Hannover, Diele und Treppenhaus von A. Köhler, Dresden, ein Ankleidezimmer von A. Noll, Dresden (Landsberg a. d. W.), daneben finden wir noch eine Decke von S. Korf, Reklame-malerei von Stiller und eine violett abgestufte Tafel der Reihe der Farbtondrucke. Auch der Textteil enthält wieder eine Anzahl wertvoller Illustrationen. An größeren Aufsätzen wären zu nennen: „Die Mannigfaltigkeit der Farbentonalgleichheit und ihre Bedeutung für die Farbgebung“, „Feuersichere Anstriche“, und „Fachkritik“. Die „Bunten Nachrichten“ sind diesmal äußerst lesenswert. Wie stets ist auch die achtsseitige Beilage reich ausgestattet. Sie gibt auf fachtechnischem Gebiet wertvolle Anregungen und unter „Mitteilungen“ beachtenswerte Hinweise auf wirtschaftliche und berufliche Fragen. — Probenummern liegen bei den Filialverwaltungen zur Ansicht aus.

Fachliteratur

Das farbige Straßenbild. Geleitet von Rich. Hesse und Professor Wilh. Jöker. Verlag von Jüstel & Götzel, Leipzig. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 M. Das vorliegende 5. Heft enthält die Beilagen: „Grüne Straße mit roter Gasse“, „Wohnhausfassade“, „Gemeinnützige Baugenossenschaft Leuna, e. G. m. b. H.“ und „Gartenhäuschen“.

Eingefandt

An alle Kollegen!

Kollegen, wir lasen im „Maler“ Nr. 34 über den Kongreß des IWB in Paris unter andern, daß es um die Verständigung, infolge der vielen Sprachen, sehr schlecht stand. Wir haben zwar internationale Organisationen, doch je mehr sie wachsen, desto größer wird das Sprachendurcheinander. Da muß jeder die Uebersetzung gewinnen, daß es so bald nicht mehr geht. Es wäre auch Zeitverschwen-

nung, wollten unsere Funktionäre drei oder vier Sprachen lernen; abgesehen von den Kosten. Auch dann wäre Sprachenfrage noch nicht gelöst. Denn es hat sich ja wiesen, daß durch die Uebersetzung der Dolmetscher oft bewußte Entstellungen entstehen. Aber wie kann man das abhelfen? so wird mancher fragen. Kollegen, die Sache sehr einfach; seit 40 Jahren besteht die Weltsprache Esperanto. Sie hat sich schon auf vielen wirklich internationalen Kongressen bewährt, an denen Delegierte von 40 Ländern in allen 5 Erdteilen teilnahmen. Viele Zeitungen erscheinen seit Jahrzehnten esperantosprachig; auch beim internationalen Arbeitsamt wird Esperanto schon seit Jahren verwendet. Die Sprache ist sehr leicht erlernbar. Schon nach halbjährlichem Lernen kann man mit ausländischen Kollegen korrespondieren. Alle, die Näheres darüber wissen wollen und Esperanto lernen — denn jetzt ist es Zeit — Oktober beginnen neue Kurse bei allen Gruppen — mögen sich an die Ortsgruppe oder an Einzelmitglieder des Arbeiter Esperanto-Bundes wenden.

Mit kollegialem Gruß Karl Stutterheim, Karl Meyer

Literarisches

Arbeiter-Sprachzeitung. Am 15. Oktober erscheint die Nummer der von der Sprachschule der Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins herausgegebenen Arbeiter-Sprachzeitung populär-wissenschaftliche Monatschrift für das Studium der Sprachen und zur Förderung fremdsprachlicher Kenntnisse. Jedes Heft wird neben Artikeln fremdsprachlicher Natur folgende Rubriken enthalten: Fremdsprachliche Vorträge für Anfänger, fremdsprachliche Texte (mit deutscher Erklärung), ausländische Partei- und Gewerkschaftszeitungen, Erklärung moderner Fremdwörter, Hauptschwierigkeiten der deutschen Sprache, Internationale Austauschbriefe von Briefen und Arbeiterliteratur mit Genossen aller Länder. Der Preis der 24 Seiten starken Zeitschrift beträgt für das Vierteljahrs-Abonnement (3 Nummern) 1 M. Bestellungen sind zu richten an die Arbeiter-Sprachzeitung, Berlin W. 57, Reichenstraße 6a.

Die Bücherwart, eine seit Januar 1926 erscheinende Monatschrift, stellt sich zur Aufgabe, die wertvollste Literatur über wichtigsten Neuerungen der schöpferischen und wissenschaftlichen Literatur zu unterrichten. Bei der großen Fülle der Neuerungen ist es äußerst schwer, sich in dieser Bücherwart zurechtzufinden. Die Bücherwart ist ein empfehlenswerter zuverlässiger Führer durch diese Neuerungen; sie pflegt insbesondere die Gebiete, die für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind, und bringt in jeder Nummer einen größeren Artikel über ein bestimmtes Gebiet zusammenfassend behandelt. In der „Arbeiterbildung“ werden die wichtigsten Fragen der Arbeiterkulturbewegung erörtert und Anregungen für die praktische Bildungsarbeit gegeben. Jede Nummer enthält außerdem eine Vortragsdisposition über ein aktuelles Thema und ein kurzes literaturführer durch ein bestimmtes Wissensgebiet. Die Zeitschrift erscheint einmal monatlich und kann zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr bei der Post oder dem Verlag S. W. Dieckhoff, Berlin NW. 68, bestellt werden.

„Der deutsche Stahlwerk.“ Ein Beispiel der deutschen Wirtschaftskrisisrevolution. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Kriegsende in dauernder Umbildung. Der Kampf zur Groß- und Massenindustrie ist dabei das hervorragendste Merkmal. Die Rationalisierung äußert sich sichtbar zuerst in der Zusammenfassung vieler Einzelunternehmungen zu gewaltigen Riesenwerken. Die Vereinigte Stahlwerke A. G. und die F. G. Farbenindustrie sind hierfür die besten Beispiele. Das erste Unternehmen ist zur Zeit die größte Privatgesellschaft Deutschlands. Mehr als 200 000 Arbeiter und Angestellte werden von dieser Gesellschaft direkt beschäftigt. Niemand noch die übrigen unter Kontrolle stehenden Tochterunternehmungen hinzu, so werden es nahe an die 300 000 sein, die von der Gruppe kontrollierten Betrieben, Gesellschaften und Unternehmungen beschäftigt sind. Dieser gewaltige Umgestaltungsprozess, der sich im Auge der Rationalisierung vollzieht, ist eine treffliche Illustration in einem soeben bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin S. 14, Inselstraße 6a, erschienenen Buches des bekanntgewordenen Vau l u f e r m a n n: „Der deutsche Stahlwerk.“ Zum Studium der neuesten Industrieentwicklung in Deutschland zur Erkenntnis der nationalen und internationalen Zusammenhänge der großen Industrie und des Finanzkapitals ist dies wertvolle Buch, dessen Preis im Buchhandel in Leinen gebunden 7 M. beträgt, eine unerschöpfliche Fundgrube. Interessante Zeichnungen und Bilder ergänzen den Text. Das Personen- und Firmenregister enthält rund 1000 Namen. Jeder Partei- und Gewerkschaftsfunktionär muß sich dieses Buch verschaffen, da zum Schluß die erste Mahnung an die Arbeiter und Angestellten lautet, ihre Organisation nicht zu vernachlässigen, damit die einseitigen Machtentstellungen der Großindustrie begegnet werden kann.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berlinerstraße 13. Die September-Nummer der lebenswerten Zeitschrift enthält neben einer Abhandlung von Dr. Theodor Pfaff, München, über die „Gesundheitsfürsorge und Krankentassen“ eine Reihe weiterer interessanter Artikel. Die „Gesundheit“ wird an den Schaltern der Krankentassen jedem Versicherer unentgeltlich ausgedruckt. Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von R. a. a. W i n a, Jena. Verlag Karl Wina, Verlagsbuchhandlung Jena, St.-Jakob-Str. 36. Vierteljahrsabonnement 3,60 M. Den Ortsverwaltungen sei die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Anregenden.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart, Redakteur: Lothar Erdmann. Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1927. Für jeden Gewerkschaftler diese wissenschaftlich geleitete Zeitschrift unentgeltlich; jedes Monatsheft kostet nur 1 M.

Vom 25. Sept. bis 1. Okt. ist die 39. Beitragswoche.

Vom 2. bis 8. Oktober ist die 40. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Breslau. Am 16. September starb unser Kollege Otto Bächler an Tuberkulose im Alter von 54 Jahren. Leipzig. An den Folgen eines Schlaganfalls verchied nach kurzer Krankheit am 18. September unser treues Mitglied, der Lackierer Herm. Geißler, geboren am 26. Januar 1872 in Niederhirsch. München. Am 30. August starb, 62 Jahre alt, Kollege Gustav Bielliker infolge Herzschlags. — Am 6. September starb Kollege Johann Paulus im Alter von 54 Jahren an Bleivergiftung. — Infolge Absturzes starb Kollege Richard Wünsch, 22 Jahre alt. Schwerin i. M. Am 5. September starb unser langjähriges Mitglied Adolf Jarchow im Alter von 53 Jahren nach langer Krankheit an Rippenfell- und Lungenentzündung. Ehre ihrem Andenken